

Türkei bombardiert Kurdenregion

Istanbul. Die türkische Luftwaffe hat gestern erneut mutmaßliche Stützpunkte der kurdischen Rebellenorganisation PKK im Nordirak bombardiert. Das meldete die PKK-nahe Nachrichtenagentur Firat. Bereits in der Nacht zuvor flogen türkische Bomber Angriffe auf vermutete PKK-Stellungen in den Bergen des Nordirak. Dies ist eine Reaktion auf Angriffe der PKK-Rebellen: Sie hatten am Mittwoch in der Grenzprovinz Sirnak einen Militärkonvoi mit Sprengsätzen und automatischen Waffen angegriffen. Dabei wurden elf Soldaten und ein Angehöriger der Dorfschützer-Miliz getötet.

Laut Generalstab in Ankara wurden 60 Ziele beschossen. Ob Menschen verletzt oder getötet wurden, blieb unklar. Die Militäroperationen würden fortgesetzt, bis die Separatistenorganisation neutralisiert sei, hieß es. **GH**

Mehr Geld für Familienhilfe

Düsseldorf. Die NRW-Landesregierung stellt in diesem Jahr zusätzlich drei Millionen Euro für Familienbildung und -beratung zur Verfügung. Damit erhalten die landesweit 150 Familienbildungsstätten und 270 Familienberatungsstellen 2011 rund 37 Millionen Euro an Landesförderung, sagte Familienministerin Ute Schäfer (SPD) gestern. An die Familienberatung gingen zusätzlich 1,7 Millionen Euro, also insgesamt 20,5 Millionen Euro. Für die Familienbildung würden 1,3 Millionen Euro mehr aufgewendet, womit sich der Gesamtbetrag auf 17,5 Millionen Euro erhöhe. **kna**

„Zu wenig Personal für Inklusion“

Dortmund. Für den gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung fehlen in NRW nach Ansicht des Landesverbands Bildung und Erziehung (VBE) die Voraussetzungen. Grund sei Personal-, Zeit- und Platzmangel. Lehrer könnten weder behinderten noch nichtbehinderten Schülern gerecht werden, sagte der VBE-Chef Udo Beckmann am Donnerstag. Die Landesregierung dürfe vor der für Ende 2011 vorgesehenen Verabschiedung eines Plans für den inklusiven Unterricht keine unumkehrbaren Fakten schaffen. **kna**

Südflügel in Stuttgart wird abgerissen

Stuttgart. Der Südflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs soll für das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ noch in diesem Jahr abgerissen werden. Bis Ende des Jahres müssten wichtige Vorbereitungsarbeiten für den Bau des Tiefbahnhofs abgeschlossen sein, zu denen auch der Abriss des Gebäudeteils zähle, so ein Projektleiter. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hatte an die Bahn appelliert, den Südflügel bis zu einer geplanten Volksabstimmung nicht abzureißen. **dapd**

Rundfunk muss keine NPD-Werbung zeigen

Berlin. Wenige Wochen vor der Abgeordnetenhauswahl in Berlin beschäftigt die Wahlwerbung der rechtsextremen NPD die Justiz. In einem Eilverfahren entschied das Berliner Verwaltungsgericht gestern, dass der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) einen Wahlwerbespot der Partei nicht ausstrahlen muss. Zudem sind gegen ein NPD-Wahlplakat mit dem Slogan „Gas geben“ zwei Strafanzei-

Ein Verein aus Einwandererkindern will der Sarrazin-Debatte ein Zeichen entgegensetzen und für die nationale Einheit kämpfen

Typisch deutsch und trotzdem bunt

Marc-André Podgornik

Berlin. Sezen Tatlici-Ince ist eine deutsche Patriotin. So richtig aufgefallen ist ihr das erst während eines längeren USA-Aufenthalts. Dort begann sich die 27-Jährige mit türkischen Wurzeln zu fragen, warum die Amerikaner so patriotisch sind, die Deutschen aber nicht. Dabei empfand die Berlinerin Deutschland doch als viel gerechter und sozialer als die USA. Der Gedanke beschäftigte Tatlici-Ince auch nach ihrer Rückkehr in ihr Heimatland Deutschland, wo gerade der von Thilo Sarrazin entfachte Streit um die mangelnde Integrationswilligkeit der Migranten entbrannte.

Für Sezen Tatlici-Ince war das nur schwer erträglich. „Ich war von der Debatte tief enttäuscht“, sagt die Berlinerin. „Ich dachte, es kann doch nicht sein, dass mein Land, das ich so liebe, dem ich so viel zu

»Es kann doch nicht sein, dass mein Land, das ich so liebe, so rassistisch sein soll«

verdanken habe, so rassistisch sein soll.“ Das kann man nicht so stehen lassen, sagte sich die junge Frau, und beschloss, etwas dagegen zu unternehmen. Sie gründete den Verein „Typisch Deutsch“.

In langen Diskussionen mit Freunden und Bekannten hatte sie festgestellt: Sie war nicht die Einzige, die von der Debatte ordentlich angegriffen war. Das war die Geburtsstunde von „Typisch Deutsch“. Zuerst drehten die Mitglieder einen Film, den sie im Internetportal „Youtube“ veröffentlichten. „Unsere Eltern sind aus Ghana, Italien, Türkei, Afghanistan, Iran, Korea, Libanon, Ost- und West-Deutschland, doch wir sind typisch deutsch“, sagen die Initiatoren überzeugt in die Kamera. Der Film wurde ein Renner im Internet.

„Wenn Menschen in Deutschland immer wieder als Migranten bezeichnet werden,



Der Vorstand des Vereins „Typisch Deutsch“. Die Vorsitzende Sezen Tatlici-Ince in der Mitte (grauer Mantel).

Foto: Typisch Deutsch e.V.

heißt das, dass sie nicht deutsch sind, solange sie nicht einem bestimmten Bild entsprechen“, sagt die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin.

„Ich bin stolz darauf, anders zu sein und trotzdem typisch deutsch.“ Es dürfe nicht darum gehen, alles Fremde einer Leitkultur zu unterwerfen, alles zwanghaft eindeutsch zu wollen, „wir sollten eher unser Anderssein akzeptieren und unsere Gemeinsamkeiten stärker betonen“, so Tatlici-Ince. „Deutschland ist bunt, nicht grau“, ist sie überzeugt.

Alt- und Neudeutsche

Das formuliert auch der Verein in seinen Zielen: Das, was gemeinhin als typisch deutsch bezeichnet wird, bedarf einer neuen Definition, sind sich die Mitglieder sicher. Deutschland müsse verstehen, dass es als Einwanderungsland auch in die Kamera. Der Film wurde ein Renner im Internet.

„Deutsch ist unsere Sprache. Dennoch sehen wir es als Bereicherung an, dass wir über-

wiegend mehrsprachig sind. Typisch Deutsch sein heißt für uns, dass Deutschland Sprache, Religion, Ethnie, Kultur in verschiedenen Ausführungen beinhaltet und diese Pluralität, in jeglicher Hinsicht, schätzen wir sehr“, heißt es in den Vereinsstatuten. „Deutsche Tugenden und neue deutsche Namen schließen sich nicht aus.“ Der Verein unterteilt nicht in Deutsche und Migranten, sondern in Alt- und Neudeutsche.

„Typisch Deutsch“ will vermitteln, „dass Deutschland unser aller Heimat ist und wir alle deutsch sind, egal, wie verschieden wir sind.“ Ferner wehren sich die Mitglieder gegen Diskriminierung jeglicher Art. „Wir wollen ein positives Licht auf das Deutschsein werfen“, so Tatlici-Ince. „Recht und Freiheit haben wir schon, jetzt kümmern wir uns um die Einheit.“ Ein friedliches Zusammenleben sei schließlich das Ziel aller Deutschen.

Um das zu erreichen, besuchen die Vereinsmitglieder

Schulklassen und diskutieren mit den jungen Schülern Fragen wie: Was ist Identität, was ist Heimat, welche Verantwortung haben wir? Dass jeder die deutsche Sprache beherrschen und sich an die Gesetze halten sollte, sei dabei völlig klar. „Wir wollen die Vorbehalte gegenüber dem Deutschen nehmen“, so Tatlici-Ince.

Eine Bereicherung

Die Schüler reagieren positiv, weiß die Vereinsvorsitzende zu berichten. Das Motto „definieren statt integrieren. Inklusion statt Integration“, komme gut an. Viele „Neudeutsche“ scheinen das Gefühl zu teilen, dass die vielfach eingeforderte Integration zu sehr nach Assimilation klingt. Aber: „Uns unscheinbar machen, bloß um nicht als Ausländer wahrgenommen zu werden, wollen wir nicht.“ Die jungen Leute wollen eine bunte Bereicherung sein, kein Einheitsbrei. Sie auf Gemeinsamkeiten zu berufen, ist ihnen wichtiger, als immer nur

die Unterschiede aufzuzeigen. „Wir brauchen keine Leitkultur“, sagt Tatlici-Ince überzeugt. Typisch deutsch sei eben nicht nur das Würstchen, sondern auch der Döner.

INFO

Förderer willkommen

„Typisch Deutsch“ besteht im Kern aus 20 aktiven Mitgliedern. Fördermitglieder sind willkommen. „Gerade hat sich ein 70-jähriger ‚Altdeutscher‘ gemeldet, der uns beitreten will, das freut uns besonders“, so Vorstandsvorsitzende Sezen Tatlici-Ince.

„Wir mögen keine Politiker, die ständig von Parallelgesellschaften sprechen und doch selbst diejenigen sind, die volksfern in ihrer eigenen Parallelgesellschaft leben“, sagen die Vereinsmitglieder.

Ziele, Projekte und vieles mehr sind im Internet unter „www.typischdeutsch.de“ zu finden.

Sieben Menschen bei Anschlagserie im Süden getötet

Terrorkommando in Israel

WR-Nachrichtendienst

Jerusalem. Mindestens sieben Menschen sind bei mehreren Anschlägen im Süden Israels getötet worden. Die rasch hintereinander ausgeführten Angriffe galten einem Reisebus, einem Auto und einer Militärpatrouille, teilten die israelischen Streitkräfte mit.

Nach den Anschlägen verwickelten Soldaten die Angreifer in ein Feuergefecht, sagte ein Sprecher der Streitkräfte, Joaw Mordechai. Nach Angaben israelischer Fernsehsender wurden dabei sieben Angreifer getötet, die Streitkräfte bestätigten den Tod mehrerer Angreifer, nannten aber keine Zahl.

Schwache Kontrollen

Israel erklärte bereits kurz nach den Anschlägen, die Angreifer kämen aus dem von der radikalislamischen Hamas kontrollierten Gazastreifen und seien über die Halbinsel Sinai nach Israel eingedrungen.

„Der Vorfall unterstreicht die schwache Kontrolle Ägyptens über den Sinai und die Ausweitung der Aktivitäten von Terroristen“, sagte Israels Verteidigungsminister Ehud Barak in einer Erklärung. Die Quelle des Terror sei in Gaza, erklärte er, und Israel werde



Helfer transportieren einen Verwundeten.

Foto: dapd

mit voller Kraft und Entschlossenheit gegen diese vorgehen. Die Hamas dementierte eine Beteiligung an den Anschlägen.

Nach Angaben der israelischen Streitkräfte wurden die Soldaten von mehreren Kommandotrupps mit schweren Waffen und Sprengsätzen attackiert. „Wir reden hier von einem Terrorkommando, das in Israel eingedrungen ist“, erklärte ein weiterer Sprecher der Streitkräfte, Avital Leibovich. „Das ist ein organisierter Terroranschlag gegen die Israelis“, sagte er über die Gewalt in der ansonsten weitgehend ruhigen Gegend um den Touristenort Eilat.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle verurteilte die Anschläge. „Wir stehen in dieser schweren Stunde an der

Seite unserer israelischen Freunde“, sagte er in einer Presseerklärung. Das schwierige Ringen um Frieden und Ausgleich im Nahen Osten dürfe nicht durch Terror und Gewalt torpediert werden.

Ein hochrangiger ägyptischer Sicherheitsbeamter stritt ab, dass die Angreifer die Grenze von der Halbinsel Sinai aus überquert hätten. „Die Grenze ist streng bewacht“, sagte er. Allerdings hat sich die Sicherheitslage auf der Halbinsel Sinai seit dem Ende der Präsidentschaft von Husni Mubarak in Ägypten deutlich verschlechtert. Vergangene Woche versetzte Ägypten tausende Soldaten auf den Sinai, um gegen von der El Kaida beeinflusste Extremisten vorzugehen, die dort zuletzt immer aktiver geworden sind.

Gemeinsame Erklärung von Merkel, Sarkozy und Cameron

EU fordert Assad zum Rücktritt auf

Berlin. In einer gemeinsamen Erklärung haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sowie der britische Premierminister David Cameron den syrischen Präsidenten Baschar el Assad zum Rücktritt aufgefordert. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Das syrische Regime hat die nachdrücklichen Appelle ignoriert, die in den vergangenen Tagen vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, von zahlreichen Staaten der Region, vom Golfkooperationsrat und von den Generalsekretären der Liga der Arabischen Staaten sowie von der Organisation für Islamische Zusammenarbeit ergingen. Es unterdrückt sein Volk nach wie vor mit Brutalität und Gewalt und weigert sich schlichtweg, dessen legitime Forderungen zu erfüllen. Es hat die Stimme des syrischen Volkes ignoriert und die Bevölkerung Syriens wie auch die internationale Gemeinschaft fortgesetzt mit leeren Versprechungen in die Irre geführt.“

Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich bekräftigen, dass sie diese blutige Unterdrückung friedlicher und mutiger Demonstranten und die massiven Verletzungen der Menschenrechte, die



Soll abtreten: Syriens Präsident Baschar el Assad. Foto: rtr

Präsident Assad und seine Behörden seit Monaten begehen, auf das Schärfste verurteilen. Wir setzen uns aktiv für weiteren durchgreifenden EU-Sanktionen gegen das Regime von Präsident Assad ein.

Wir fordern das syrische Regime nachdrücklich auf, die Gewalt unverzüglich zu beenden, alle politischen Gefangenen freizulassen und den Vereinten Nationen freien Zugang zu gewähren, damit sie eine unabhängige Einschätzung der Lage vornehmen können.

Unsere drei Länder vertreten die Auffassung, dass Präsident Assad, der brutale militärische Gewalt gegen sein eigenes Volk einsetzt und für die Lage verantwortlich ist, jede Legitimität verloren hat, das Land zu führen.“

Zuvor hatte bereits US-Präsident Barack Obama Assad zum Rücktritt aufgefordert.

Private Dienste sollen Schiffe vor Piraten schützen

Dietmar Seher

Berlin. Die Piraten-Gefahr am Horn von Afrika nimmt zu. Deutsche Schiffe verhalten sich oft fahrlässig und halten sich nicht an die offizielle Empfehlung, mit Höchstgeschwindigkeit, Zickzack-Fahrt und Stacheldraht auf der Reling das Seegebiet vor Somalia zu durchfahren. Berlin prüft jetzt den Einsatz privater bewaffneter Sicherheitsdienste an Bord deutscher Seeschiffe.

Allein 2010 waren die Schiffe deutscher Reedereien 45 Mal von Überfällen betroffen. Insgesamt wurden in den letzten Jahren 41 Besatzungsmitglieder von Schiffen unter deutscher Flagge als Geisel genommen. „Seit 2008 wurden nach Erkenntnissen der Bundesregierung von deutschen Reedereien rund 23 Millionen US-Dollar Lösegeld gezahlt“, heißt es in einer Antwort der Regierung auf eine parlamentarische Anfrage der SPD.

„Ein flächendeckender Schutz durch Soldaten oder Bundespolizei für alle deutschen Schiffe ist logistisch, finanziell und operativ nicht möglich“, räumt die Regierung ein. Sie lehnt damit Forderungen der Reeder und auch der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ab, staatliche Sicherheitskräfte auf die Schiffe zu schicken.

Aus der Grauzone holen

Nach Angaben des Verbandes Deutscher Reeder setzt inzwischen jede dritte Reederei private Sicherheitsmannschaften ein. Der Verband sieht dies selbst kritisch, wie Hauptgeschäftsführer Ralf Nagel einräumt: „Man kann nie sicher sein, wie verlässlich die privaten Sicherheitskräfte am Ende sind.“

Die Bundesregierung will nun mit einem Gesetz den Einsatz der privaten Dienste aus der rechtlichen Grauzone herausholen.



Grüne sind bei den Wählern sehr beliebt

Stuttgart. Die Partei „Die Grünen“ hat schon wieder in der Gunst der Bürger zugelegt. Sie würden bei einer Landtagswahl im Bundesland Baden-Württemberg 29 Prozent bekommen, das ist eine Verbesserung um fünf Prozentpunkte. Das hat gestern eine Umfrage ergeben, die der Südwestrundfunk und die „Stuttgarter Zeitung“ veröffentlicht haben. Der „Südwestrundfunk“ ist ein Radio- und Fernsehsender, ähnlich wie der „WDR“ in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen. Die SPD bleibt in der Umfrage mit 23 Prozent auf ihrem Wahlergebnis vom März, denn in diesem Monat hatte Baden-Württemberg bereits einen neuen Landtag gewählt. Der Landtag ist das Parlament von Baden-Württemberg, also die Versammlung von Politikern, die darüber abstimmen, was in dem Land Gesetz wird und was nicht. Die Wahl hatten zusammen die SPD und die Grünen gewonnen. Die CDU ist damals zwar die stärkste Kraft geblieben, doch SPD und Grüne haben sich zusammen getan und so mehr Stimmen auf sich vereint. Das nennt man eine „Koalition“. **afp/tim**